

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

265 (10.6.1932) Morgenausgabe

Abonnementspreis: Drei Monate 2.90 M
in voraus im Verlag oder in den
Postämtern abgeholt 2.50 M. Durch
die Post bezogen (einmal täglich) mo-
natlich 2.10 M auswärts 42 Pf. Zuzuschlag.
Einzelpreise: Verlagsnummer 10 Pf.
Seminalnummer und Feiertags-
nummer 15 Pf. — Am Fall höherer
Gewalt, Streit, Abwanderung usw.
hat der Verleger keine Ansprüche bei
Verfallenen oder Nichterscheinen der
Nummern. — Abbestellungen können nur
bis zum 25. d. Mts. auf den
Monats-Vertrag angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Beile
0.40 M. Stellen, Gesuche, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Nekrolog-Beile
0.20 M. an erster Stelle 2.50 M.
Bei Wiederholung tarifiert Rabatt,
der bei Nichterscheinen des Beiles, bei
gerichtlichem Verbot und bei Kon-
flikten außer Kraft tritt. Erfüllungss-
ort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Freitag, den 10. Juni 1932.

Einvernehmlich verantwortl. für Politik:
H. Kimmig; für politische Nachrichten:
Dr. A. Mayer; für badische Nachrichten:
L. Dr. D. Schenck; für kommunal-
politisch: A. Hinder; für Lokales und Sport:
H. Kolbener; für das Revueleben:
M. Köhler; für Oper und Konzert:
Christ. Dertle; für den Sonderteil:
Fritz Feld; für die Anzeigen: Ludwig
Reindl; alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Metzger.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsru-
her Nr. 8359. — Beilagen: Volk und
Geist / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Bäder-Zeitung / Landwirtschaft,
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Programm des Reichsinnenministers

Das Eigenleben der Länder wird nicht angetastet. / Milderung des Demonstrations- und
SA.-Verbots. / Gauß bekennt sich zum Berufsbeamtentum.

Berlin, 9. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichsrats hielt Reichsinnenminister Freiherr von Gauß eine Rede, in der er nach einleitenden persönlichen Worten der Erinnerung und des Dankes an die Mitglieder des Reichsrats, dem der Minister fast elf Jahre als Bevollmächtigter seiner Heimatprovinz Westpreußen angehört hat, folgendes ausführte:
„Wenn ich nicht im Reichsrat den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Brennpunkten unseres öffentlichen Lebens nahe geblieben und in ihm eine hohe Schule des politischen Lebens durchgemacht hätte, wäre ich dem Ruf des Herrn Reichspräsidenten nicht gefolgt. Ich hätte ihm gebeten, einen anderen, erfahreneren Mann an meiner Stelle zu ernennen, der aus eigener Anschauung die Bedeutung und die verfassungsmäßige Stellung des Reichsrats besser zu erkennen und zu würdigen Gelegenheit gehabt hätte. Die langjährige Zugehörigkeit zum Reichsrat hat mir den Mut gestärkt, in schwerer Zeit das dornenvolle Amt des Reichsinnenministers zu übernehmen. Ich habe erkannt, daß die stärksten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist, das des Verständnisses und liebevoller Pflege bedarf, und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Befruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt.“
Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten. Für Presaken erwarten wir besonders das reiche Zustandenkommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmt und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird.

Aus dieser Überzeugung heraus werde ich die Aufgaben der Reichsreform anstellen. Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringen die Reformen auch in sich und so sehr sie zusammenhängen mit den notwendigen Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebietet. Das bedeutet fern Ausschließen auf die lange Bank. Die Reichsregierung kann aber die drängende Fülle ihrer Aufgabe nur schrittweise lösen. Das Gleiche gilt von der Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Hüter ich als Reichsminister des Innern pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Inerziehung durchlöcher und noch unbestrittener Ansicht weitester Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig. Zweierlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen:
Das Gerüde von einer geplanten Aenderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schädliches Geschwätz.
Ich würde mir erbärmlich vornehmen, wenn ich auf dem Ministerstuhl versuchen würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern auch in langen Jahren selbstermorbene Überzeugung zu verneinen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk halte, und daß ich geschichtlich gesehen, mit der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin. Ich bin aber der Überzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform — Republik oder Monarchie — keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben. Höher als die Form ist der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist.

Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufstellung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen, und ich verbitte mir deutlich, jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. So wie ich, denken der Herr Reichsminister und die übrigen Mitglieder des Kabinetts.
Zum Zweiten ein Wort über die angeblich reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Abstempelung bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wiederherstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Ein Volk ist ein Lebewesen, das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann zu einem gemessenen Zustand. Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Wir sind eine Volksgemeinschaft, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört. Wie ich, denkt die ganze Regierung, wenn wir in warmer Liebe uns einsetzen für das Recht der arbeitenden und arbeitenden Wohl der breiten arbeitenden Massen. Wir müssen dabei in den Kauf nehmen, daß manche Maßnahme zunächst wenig volkstümlich sein und mißverstanden werden wird. Das kann uns nicht hindern, unsere Pflicht zu tun. Wir tun sie aber, getragen von heißer Liebe zu allen Volksgenossen, mögen sie diese Liebe erwidern oder nicht.
Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe.
In diesem Sinne wird eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärischen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt. Ueber Einzelheiten kann ich nicht sprechen, wenn der Entwurf die Billigung des Herrn Reichspräsidenten gefunden haben wird. Das Kabinett geht dabei von der Ansicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommen kann. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfungen ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich — wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte — die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln des Staates zu schützen den Willen und die Kräfte habe. Von den vielen Aufgaben, die sonst noch meiner harren, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches annehmen. Auch an der Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten.
In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort über die für die Grenzländer, insbesondere den Osten, so wichtige Siedlungsfrage:
Ich habe in 24 Jahren selbst in meiner Heimat an der Neubesiedlung von rund 300 Dörfern auf 150 000 Hektar Fläche an leitender Stelle mitgearbeitet und bin oft öffentlich als Vorkämpfer der ländlichen Siedlung hervorgetreten. Ich wäre nie in ein Kabinett eingetreten, von dem ich nicht die Überzeugung hätte, daß es sich dieser so wichtigen nationalen und sozialen Aufgabe nicht mit dem notwendigen Eifer und der Großzügigkeit widmen will, wie das notwendig ist. Ueber diese Dinge wird sich am Samstag im Deutschen Landwirtschaftsrat der zuständige Herr Reichsernährungsminister ausführlich äußern. Ich betone hier nur,
daß eine gesunde, lebensfähige, itellenkaffende Siedlung eines der wichtigsten Glieder der Kette von Maßnahmen ist, die für den deutschen Osten getroffen werden müssen.
Reich, Länder und Gemeinden sind angewiesen, auf ein pflichttreues, gut ausgebildetes und in gesicherter Lebensstellung befindliches Beamtentum. Ich bekenne mich bei meinem Antritt zum Berufsbeamtentum, das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht ist. Die Not der Zeit ist an dem Beamtentum nicht vorübergegangen. Sie hat verhinert und verhinert leider auch in nächster Zukunft noch, gewisse Ungerechtigkeiten in den Einstellungen sofort und voll zu beseitigen. Wir sind aber bemüht, allen Beamtengraden und den Behördenangestellten die Lasten der

Zeit nach Möglichkeit zu erleichtern, um sie in ihrer, dem Allgemeinwohl so notwendigen Arbeitsfreudigkeit zu erhalten.
Wichtig und notwendig scheint mir auf dem Gebiet des gesamten kulturellen Lebens unseres Volkes, insbesondere auch im Rundfunk- und Lichtspielwesen, die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzungen aller undeutschen fremden Einflüsse, die zeitweilig weite Kreise des deutschen Volkes befreundet haben. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit und der Wille zu einem eigenen deutschen Leben wachsen heute ständig in unserm Volk. Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers ist es, diesem Willen gerecht zu werden und die machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu begünstigen. Jede Mitarbeit, insbesondere der deutschen Jugend, ist uns dabei willkommen.
Das neue Kabinett steht vor schwersten Aufgaben, die gelöst werden müssen, wenn unser Volk nicht untergehen soll.
Wir gehen trotz aller Anfeindungen mit frischem Mut und Vertrauen an unsere Pflichten. Wir hätten Mut und Vertrauen nicht, wenn wir uns nicht auf eigenes Können und eigene Kraft stützen würden. Wir nehmen beides aus dem festen Glauben an unser Volk und aus dem unerschütterlichen Glauben an eine höhere Gerechtigkeit, die über dem Leben der Völker waltet und die Deutschland nicht vergessen wird.
Weil wir, durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung, vor unserem Gott und unserem Volk, diesen Glauben in uns fühlen, haben wir uns in schwerster Stunde bereit erklärt, das Steuer in die Hand zu nehmen und unter Einsatz unserer besten Kraft zu führen. Die Geschichte wird lehren, ob wir recht getan haben oder nicht.

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichsinnenministers dankte der Vertreter Preußens, Staatssekretär Weismann, dem Minister für seine Worte, wobei er u. a. hervorhob, es könne bei der politischen Einstellung des neuen Reichsinnenministers eines weiteres vorausgesetzt werden, daß die föderalistische Grundlage des Reiches bei ihm in treuer Hut sein würde. Es seien auch weiterhin alle Voraussetzungen für ein harmonisches Zusammenwirken zum Wohle des Reiches und der Länder gegeben.
Reichsinnenminister von Gauß teilte noch mit, daß der Reichsminister sich in einer am Samstag stattfindenden Sitzung der vereinigten Reichsratsausschüsse persönlich dem Reichsrat vorstellen werde.

Die süddeutschen Länder an Sündenburg

Von der Pressestelle beim Badischen Staatsministerium wird mitgeteilt:
Die am Donnerstag in Karlsruhe versammelten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden haben an den Herrn Reichspräsidenten von Sündenburg nachstehendes Telegramm gerichtet:
„Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anlässlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Samstag oder Sonntag. Gez. Dr. Feld, Dr. Holz, Dr. Schmitt.“
Der Herr Reichspräsident wurde von dem Telegramm verständigt. Zu der gemeinsamen Aktion der süddeutschen Länder erfahren wir noch folgendes:
Im Anschluß an die Nachmittagsitzung des Badischen Landtags trat die badische Regierung zu einer Kabinettsitzung zusammen, die sich eingehend mit den Einzelheiten der von den süddeutschen Ländern geplanten Aktion befaßte. Von sämtlichen Kabinettsmitgliedern, die an der Sitzung teilnahmen, wird strenges Stillschweigen über den Verlauf der Beratungen gewahrt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die süddeutschen Länder ihre Stellungnahme zu der jüngsten politischen Entwicklung im Reich in Berlin vorbringen werden.
Die Auffassung der drei süddeutschen Länder hat, wie wir zuverlässig erfahren, sich als völlig einheitlich herausgestellt. Der Schritt in Berlin bedeutet keineswegs einen Vorstoß, sondern hat den Charakter einer Informierung des Reichsoberhauptes über die Meinung des offiziellen Südens.

Die Finanzkrise der Gemeinden

Gemeindevertreter beim Kanzler.
m. Berlin, 9. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Gemeinden haben erneut einen energischen Vorstoß unternommen, um die Reichsregierung auf ihre finanziellen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen und sie zu bewegen, kurzfristig eine Hilfsaktion in die Wege zu leiten. Am Donnerstag haben beim Kanzler der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Städteverbandes und der geschäftsführende Präsident dieser Vereinigung, Dr. Mulert, vorgeprochen. Etwas später ist auch der Präsident des Deutschen Landkreistages, Dr. v. Stempel, empfangen worden. Alle Herren haben anhand eines umfangreichen statistischen Materials ein anschauliches Bild von der in den Gemeinden und den Landkreisen herrschenden Finanzkrise gegeben. Insbesondere sind die Lasten behandelt worden, die den Gemeinden durch die Aufwendungen für die Wohlfahrts- und werkslosen entfallen sind und eine von Woche zu Woche steigende Tendenz aufweisen. Die Herren Mulert und Sahm haben auch erneut auf die bereits im vorigen Jahre vom Deutschen Städteverband verfaßte Denkschrift hingewiesen, die in ihren Berechnungen durch die Entwicklung der Verhältnisse zwar überholt ist, die aber den bekannten

Vorschlag auf Umorganisation der Erwerbslosenhilfe enthielt. Es ist weiter darüber Klage geführt worden, daß vielfach die von den Ländern kommenden Überweisungen nicht mehr regelmäßig eingehen.
Der Kanzler hat die Ausführungen seiner Besucher entgegengenommen, hat aber keinerlei bindende Zusagen gemacht, vielmehr wird sich das Kabinett bei der nächsten Gelegenheit auch mit den Gemeinden beschäftigen, was schon deswegen nötig ist, weil ein Zusammenbruch der Gemeindefinanzen für das ganze Reich von verheerenden Folgen begleitet sein würde. Frankfurt a. M. hat zu verstehen gegeben, daß es keine Gläubiger zu den bevorstehenden Terminen nicht wird befriedigen können, Berlin arbeitet mit einem gewaltigen Defizit. Als dritte Großstadt ist Duisburg zu nennen, die nicht in der Lage ist, die am 1. Juni fälligen gemessenen Kupons ihrer Anleihe von 1928 zur Einlösung zu bringen.
In den Kreisen der Gemeinden wird darüber Klage geführt, daß namentlich Preußen keine Beihilfen nicht mehr regelmäßig leistet. Berlin hat zum Beispiel nur einen Teilbetrag der ihm zuzurechnenden Summe für Mai erhalten. Im Juni ist bisher noch kein Pfennig aus dem bei der Staatsregierung eingerichteten Hilfsfonds an die Kasse der Stadt geflossen. Im preussischen Finanzministerium ist man

zum Zweiten ein Wort über die angeblich reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Abstempelung bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wiederherstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Ein Volk ist ein Lebewesen, das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann zu einem gemessenen Zustand. Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Wir sind eine Volksgemeinschaft, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört. Wie ich, denkt die ganze Regierung, wenn wir in warmer Liebe uns einsetzen für das Recht der arbeitenden und arbeitenden Wohl der breiten arbeitenden Massen. Wir müssen dabei in den Kauf nehmen, daß manche Maßnahme zunächst wenig volkstümlich sein und mißverstanden werden wird. Das kann uns nicht hindern, unsere Pflicht zu tun. Wir tun sie aber, getragen von heißer Liebe zu allen Volksgenossen, mögen sie diese Liebe erwidern oder nicht.
Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe.
In diesem Sinne wird eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärischen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt. Ueber Einzelheiten kann ich nicht sprechen, wenn der Entwurf die Billigung des Herrn Reichspräsidenten gefunden haben wird. Das Kabinett geht dabei von der Ansicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommen kann. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfungen ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich — wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte — die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln des Staates zu schützen den Willen und die Kräfte habe. Von den vielen Aufgaben, die sonst noch meiner harren, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches annehmen. Auch an der Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten.
In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort über die für die Grenzländer, insbesondere den Osten, so wichtige Siedlungsfrage:
Ich habe in 24 Jahren selbst in meiner Heimat an der Neubesiedlung von rund 300 Dörfern auf 150 000 Hektar Fläche an leitender Stelle mitgearbeitet und bin oft öffentlich als Vorkämpfer der ländlichen Siedlung hervorgetreten. Ich wäre nie in ein Kabinett eingetreten, von dem ich nicht die Überzeugung hätte, daß es sich dieser so wichtigen nationalen und sozialen Aufgabe nicht mit dem notwendigen Eifer und der Großzügigkeit widmen will, wie das notwendig ist. Ueber diese Dinge wird sich am Samstag im Deutschen Landwirtschaftsrat der zuständige Herr Reichsernährungsminister ausführlich äußern. Ich betone hier nur,
daß eine gesunde, lebensfähige, itellenkaffende Siedlung eines der wichtigsten Glieder der Kette von Maßnahmen ist, die für den deutschen Osten getroffen werden müssen.
Reich, Länder und Gemeinden sind angewiesen, auf ein pflichttreues, gut ausgebildetes und in gesicherter Lebensstellung befindliches Beamtentum. Ich bekenne mich bei meinem Antritt zum Berufsbeamtentum, das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht ist. Die Not der Zeit ist an dem Beamtentum nicht vorübergegangen. Sie hat verhinert und verhinert leider auch in nächster Zukunft noch, gewisse Ungerechtigkeiten in den Einstellungen sofort und voll zu beseitigen. Wir sind aber bemüht, allen Beamtengraden und den Behördenangestellten die Lasten der

jedenfalls wegen der nächsten Zukunft sehr besorgt, da sich die Zahl der notleidenden Gemeinden ständig mehrt. Die Einbehaltung eines Teiles der Gehälter der Gemeindebeamten reicht natürlich nicht aus, um einigermaßen Luft zu schaffen. Es bleibt also der Reichsregierung nichts anderes übrig, als sich erneut mit der Sanierung der Gemeinden zu beschäftigen und Maßnahmen dem Reichspräsidenten in Vorschlag zu bringen.

4 Pfennige in der Kasse.

Kreis Okerode finanziell zusammengebrochen. Okerode, 8. Juni. Der Kreistag trat zu einer Tagung zusammen, in der Landrat Dr. Weltklaus einen ausführlichen Bericht über die Finanzlage des Kreises erstattete. Danach ist der Kreis finanziell zusammengebrochen. Dies wird unter anderem durch die Tatsache illustriert, daß die Kreisfiskalverwaltung nicht einmal in der Lage war, die Tagesgelder für die Abgeordneten auszuzahlen, da ein Kassenbestand von nur vier Reichspfennig vorhanden war. Der Landrat erwählte, der Kreis sei im Augenblick nicht in der Lage, Gehälter zu zahlen und wisse nicht, wo er die Mittel beschaffen solle, um den besonders bedrängten Städten und Gemeinden Mittel zur Verfügung zu stellen zur Auszahlung der Wohlfahrtsgelder. Trotz der Staatsbeihilfen von 430 000 Reichsmark schließt der Haushaltsplan voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 898 000 RM. ab. 66 Prozent der gesamten Ausgaben müßten für die Wohlfahrtspflege aufgewandt werden. Durch das Auskommen der gesamten Steuern wird nicht die Hälfte der Wohlfahrtsausgaben mehr gedeckt.

Die Umgruppierung der Mitte.

m. Berlin, 9. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) In den letzten Tagen haben Bemühungen zu einem Zusammenfluß der bürgerlichen Mittelparteien auf neuer Grundlage nach den verschiedensten Richtungen eingesetzt. Der erste Versuch, der darauf gerichtet war, Volkspartei, Wirtschaftspartei und Staatspartei zu verschmelzen, scheint im letzten Augenblick gescheitert zu sein, weil einzelne der Persönlichkeiten, die als Führer der neuen Partei in Aussicht genommen waren, sich verweigert haben. Inzwischen sind aber neue Fäden gesponnen, die diesmal auch zu den Deutschen Nationalen hinübergehen, aber wohl mehr eine taktische Verbindung anstreben. Die Verhandlungen sind aber einseitig noch so in den Anfängen, daß deren Ergebnis mehr als unsicher ist, zumal da sie auch ihre Richtung noch ändern können.

II. Dessau, 9. Juni. Der Vorstand des Landesverbandes Anhalt der Deutschen Volkspartei erklärte mit Zustimmung seiner Landtagsabgeordneten und nach erfolgter Bewilligung durch die Vorstehenden sämtlicher anhaltinischen Ortsgruppen den sofortigen Austritt des Landesverbandes aus der Deutschen Volkspartei. Dieser Austritt wird begründet mit der durch die anhaltinischen Ortsgruppen einmütig abgelehnten Haltung der Reichsparteileitung zu den einschneidenden Fragen der politischen Neugruppierung im Reich.

Breitscheid fordert Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

o Berlin, 9. Juni. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Dr. Fried, folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses richte ich an Sie das höfliche Ersuchen, diesen Ausschuß in der allernächsten Zeit zu einer Sitzung einzuberufen. Zur Begründung dieses Antrages erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß die Ausführungen, die die Reichsregierung in ihrer durch die Presse veröffentlichten Erklärung über ihre außenpolitischen Ideen und Absichten macht, außerordentlich dürftig sind. Sie spricht in allgemeinen Redewendungen von der Aufrechterhaltung des Friedens mit allen Nationen und der Notwendigkeit, die deutsche Gleichberechtigung durchzusetzen. Man darf doch wohl annehmen, daß das Kabinett ganz bestimmte außenpolitische Pläne verfolgt, die zweifellos von denen der Reichsregierung Brüning abweichen. Da die Auflösung des Reichstages eine Debatte über diese Gegenstände im Plenum unmöglich gemacht hat, halten wir es für doppelt geboten, daß der Regierung Gelegenheit gegeben wird, wenigstens im Auswärtigen Ausschuß ihre Absichten schärfer zu umreißen, und daß die Mitglieder des Ausschusses selber die Mäßigkeit haben, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Indem ich Ihrem Bescheid gern entgegenkomme, zeichne ich hochachtungsvoll gez. Rudolf Breitscheid.“

Die in diesem Schreiben des Abgeordneten Breitscheid aufgeführte Behauptung, daß die Regierung von Papen „ganz bestimmte

außenpolitische Pläne verfolgt, die zweifellos von denen der Regierung Brüning abweichen“, wird von unterrichteter Seite als unrichtig bezeichnet. Die Grundhaltung der Außenpolitik des Kabinetts von Papen deckt sich zweifellos mit den vom früheren Kabinett Brüning verfolgten positiven Zielen.

Brüning Ehrenbürger von Münster.

II. Münster, 8. Juni. Die heutige geheime Stadtverordnetenversammlung beschloß, dem Reichkanzler Dr. Brüning, der bekanntlich ein Sohn Münsters ist, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Münster zu verleihen.

Memel-Verfahren auf Montag vertagt.

II. Den Haag, 9. Juni. Das Memel-Verfahren vor dem ständigen Internationalen Gerichtshof ist entsprechend dem gestern gestellten litauischen Antrag bis Montag vertagt worden.

Polizei im Berliner Bürgerauschuß.

Kommunistischer Sprechchor auf den Tribünen.

m. Berlin, 9. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Kommunisten hatten sich am Donnerstag wieder einmal die Berliner Stadtverordnetenversammlung als Schauplatz ihrer Demonstrationen ausgesucht. Den Anlaß zu wilden Kundgebungen, an denen sich besonders die Zuhörer auf der Publikumstribüne beteiligten, gab eine kleine Vorlage über eine Zahlung an eine Korostirkengemeinde. Der kommunistische Stadtverordnete Coenen beantragte diese Vorlage, um eine Kirchenrunderede von Stapel zu lassen und einen Agitationsantrag einzubringen, der von wilden Zwischenrufen begleitet war. Bei der Verabschiedung der Vorlage selbst brach auf der Tribüne ein wilder Tumult los. Die von der kommunistischen Fraktion offenbar vorher instruierten Anhänger formierten sich zu einem Sprechchor, der unterbrochen wurde: „Wir sind erwerbslos, wir haben Hunger“. Der Stadtverordnetenvorsteher war diesem Tumult gegenüber völlig machtlos. Er sah sich schließlich gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen und die Tribüne räumen zu lassen. Dem widerstrebten sich aber die Besucher, die nun erst recht zu toben anfingen und dabei von den Mitgliedern der kommunistischen Fraktion recht kräftig unterstützt wurden. Schließlich wurde noch die Internationale gesungen. Erst nachdem ein Polizeiaufgebot erschienen war, verließen die Kommunisten fluchtartig die Zuschauerplätze.

Walker soll abgefeht werden.

II. Newyork, Juni. In einer 15 Punkte enthaltenden Anklageschrift fordert der Untersuchungsleiter den Gouverneur auf, Oberbürgermeister Walker wegen Pflichtverletzung durch Annahme von Geldern, deren Herkunft nicht genügend geklärt ist, vom Amt zu entfernen. Einen Hauptanlagepunkt bildet der Kreditbrief der Omnibusgesellschaft über 10 000 Dollar, mit denen Walker seine Europareise finanziert hat.

Schwere Bluttat bei Bielefeld.

II. Bielefeld, 9. Juni. Heute früh wurde in der Senne-Gemeinde Schloß Holte eine schwere Bluttat verübt. Gegen 3 1/2 Uhr drang ein noch unbekannter Mann in das Schlafzimmer des 34 Jahre alten Gastwirts Johann Desselhaus, genannt Brodmann, ein, überfiel den Schlafenden und tötete ihn durch zehn wichtige Hammerschläge auf die Schädeldecke. Desgleichen wurde die Ehefrau des Gastwirts durch drei Hammerschläge schwer verletzt. Auch der auf die Hilfe der Frau herbeigeeilte 70 jährige Vater des Getöteten wurde von dem Mann niedergeschlagen. Das Dienstmädchen, das auf den Lärm hin ebenfalls herbeieilte, verletzte der Mörder nur leicht. Es hatte die Geistesgegenwart, dem Täter das Mordwerkzeug zu entreißen. Als der Mörder sich seiner Waffe beraubt sah, ergriff er die Flucht.

Tributverzicht gegen D'Locarno?

m. Berlin, 9. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wie wir soeben aus englischen Regierungskreisen hören, plant das Foreign Office Frankreich und Deutschland zu folgendem Tauschgeschäft in Lausanne zu überreden: Frankreich willigt in eine vollkommene Streichung der Reparationen, Deutschland verzichtet auf seine Aspirationen an der deutsch-polnischen Grenze. Mit anderen Worten: Deutschland gibt als Gegengabe das von Frankreich und Polen stets geforderte D'Locarno.

Irgendwelche Einzelheiten über diesen kaum diskutierbaren Plan sind nicht zu erfahren. Vor allem weiß man nicht, ob die Engländer einen deutschen Dauerverzicht oder nur ein befristetes Stillhalten in der Korridorfrage im Auge haben.

Eine Falchmünzerverbande verhaftet.

o Mainz, 9. Juni. In der Stadt Mainz und Umgebung wurden in letzter Zeit in großer Zahl falsche 5, 10, 20 und 50 Pfennigstücke in Umlauf gesetzt. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Falchmünzer zu ermitteln. Es wurden insgesamt 14 Personen verhaftet und in das Mainzer Landgerichtsgefängnis eingeliefert. Sämtliche Werkzeuge, die zur Herstellung der Falschstücke verwendet wurden, konnten beschlagnahmt werden. Die Festgenommenen sind geständig. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor.

Schwer- und Leichtverletzte bei einem Betriebsunfall.

II. Dortmund, 9. Juni. Am Mittwoch nachmittag ereignete sich auf dem Förderverein ein schwerer Betriebsunfall. Als im Martinswert ein Kran eine Pfanne des glühenden Eisens in die Höhe gezogen hatte, riß plötzlich die Kranstange und das glühende Eisen ergoß sich nach allen Richtungen. Von den in der Nähe beschäftigten Arbeitern erlitten zwei so schwere Brandwunden, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Drei weitere Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon.

Bomben und Munition im Kinderheim.

II. Wien, 9. Juni. Die Landjägerei hat in Diemtsch (Steiermark) zwei Arbeitslose verhaftet, die Diebstähle in einem Sprengstofflager eingestanden haben. Sie erklärten, das gestohlene Material dem Führer des Republikanischen Schutzbundes, der sozialdemokratischen Wehrgesellschaft, ausgehändigt zu haben. In Zusammenhang damit wurde auch eine Hausdurchsuchung im dortigen sozialdemokratischen Kinderheim vorgenommen, bei der Militärgewehre, Munition, 80 Bomben, Stahlschirme, Zündschnüre usw. aufgefunden und beschlagnahmt wurden.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Interentell.)

Freitag, den 10. Juni.

- Landestheater: „Vor Sonnenuntergang“, 20—22.30 Uhr.
Kameradschaft: „Süßel und Ortel“ (1. Akt); Tierant; „Als ich noch im Süßel war“, 20—22 Uhr.
Harmonika-Spielerei: Dessenklicher Übungsabend im Tiergarten-Restaurant.
Kaffee-Koncert: Universalanfänger Bellung und das Juni-Programm.
Reinhold's Juch: Großstadt-Programm mit Billi Armand.
Kaffee-Koncert: Literar. Konzert, 16 Uhr: Dverstein, Fochim. und Schloßger.
Reinhold's Lichtspiele: Dieben der Luft.
Belastungsstücke: Gattin der Singina Babes; Ein Red. ein Kub. ein Wädel.
Schauburg: Der Stolz der 3. Kompanie; Reizeprogramm.
Gloria-Palast: Unter falscher Flagge; Es gibt noch Kavaliere.

Musikliebhaber geben ein Konzert:

Alte Musik im Rastatter Schloß.

Johann Melchior Moller, ein vergessener badischer Komponist.

Musikliebhaber, die sich zu einem Instrumentalverein zusammengeschlossen haben, gaben im Ahnenaal des Rastatter Schlosses ein Konzert, das, wie die vorangegangenen, in der Aufstellung des Programmes seine eigenen Wege ging und im ersten Teile der Vortragsfolge alte vergessene Musik brachte. Musik, die vor bald zweihundert Jahren im Glanze eines Hoffestes hier erklingen sein mag. Musik von Johann Stamitz und Johann Melchior Moller. Der zweite Teil vermittelte ein Konzert mit Orchesterbegleitung des jungen Mozart, eine Schöpfung aus seiner Salzburger Zeit und das fünfte Brandenburgische Konzert von Johann Sebastian Bach. Es ist ein besonderer, bereits in früheren Jahren beachteter Vorzug dieser kleinen Spielgemeinschaft, daß die Werke so ausgewählt werden, daß Wollen und Können im Einklang gebracht ist. Man hörte also ein sehr fleißig vorbereitete, von Albert Dietrich-Karlruhe, sehr gewandt und musikalisch geleitetes Spiel, das durch die Führung des jungen Dirigenten auf gutem Wege ist, die eigenen Stilmerkmale zu erfassen und nicht romantische Anschauungen mit Klangreueigkeit und Farbe hineinträgt, sondern ihr Augenmerk auf klare Zeichnung und lebensvollen Fluß der Einzelstimmen legt und diese rhythmisch und dynamisch schön zusammenfaßt. Daraus, aus dieser Stellung, dieser einzig richtigen zu dieser alten Musik von Stamitz, Moller und nicht zuletzt von Bach, entspringt ein kräftiges, gesundes, frisches Musizieren, das sich dann in dieser Frische auch auf Mozart überträgt, der gar nicht zimperlich, weich, romantisch fließend erklang, sondern temperamentvoll.

Hermann Wischer, einer der begabtesten Pianisten, die aus der Badischen Hochschule für Musik hervorgegangen sind, spielte das Es-Dur-Konzert von Mozart mit glänzender technischer Fertigkeit, einer Egalität im Anschlag, einer Klarheit und einer Reife in der musikalischen Erfassung. Dieser Mozart, auch vom Orchester fleißig begleitet mit überaus sicher eingeleiteten Bläsern, war in der Wiedergabe das stärkste des Abends. Im Brandenburgischen Konzert traten neben Hermann Wischer der vorzügliche Geiger Heinrich Althardt und Otto Kirchner-Karlruhe, ein Virtuose auf der Flöte, die klanglich weich und ausdrucksvoll behandelt wird.

Man sah also wieder (zum fünften Male) im hochgewölbten Ahnenaal des Rastatter Schlosses, umgeben vom milden Schein der vielen Kerzen und tief sinnend diese alte Musik, vorgetragen durch Liebhaber, durch junge Menschen, durch Musikbegeisterte, an sich vorüberziehen. Mit ganz besonderem Interesse hörte man natürlich die beiden Werke von Stamitz und Moller, Musik einer vergangenen Zeit. Untergegangene Klangwelten, für ihre Zeit wertvoll als Gesellschaftsmusik. Da ist zum Eingang Stamitz mit

einer vierjährigen Suite für Orchester, jener Deutsch-Böhmische, der während seiner Mannheimer Zeit die kurländische Kapelle zu Beltruf hinaufführte, jener Komponist, den die Geschichte der Musik den genialen Schöpfer des modernen Instrumentalstils nennt. Seine Suite geht nicht tief, wir spüren kaum noch etwas von dem Feuerkopf, dem kühnen Neurer Stamitz; wir empfinden in ihr keinen Sturm und Drang, sondern, aus der Unruhe unserer Zeit heraus, eine Sicherheit der Kultur, zuvörderst gegeben durch die Meisterhaftigkeit im Kunsthandwerklichen, durch die unbedingte Klarheit und Rundung der Form und der Klangfassung. Die rühmliche Sache, der erste und letzte, geben sich recht frisch und lustig, im Andante trägt sich jene wirklich innig empfundene Melodie ein, die die Geigen zu Beginn singen.

Ein noch mehr für unsere Zeit verdienstvoller Musikant ist Johann Melchior Moller. Vor Jahren hörten wir einmal ein aus seinen Werken zusammengestelltes Singpiel des früh verstorbenen Victor Serf, und in der von Dr. Knab geleiteten Musikabteilung der Badischen Landesbibliothek konnten wir Einblick nehmen in das ganz überraschend reiche Lebenswerk dieses Moller, über dessen Herkunft und Jugendzeit wenig bekannt ist. 1722 bis 1733 wirkte er in Durlach, dann ging er zwei Jahre nach Benedig, um sich in der „altitalienischen Manier“ auszubilden und nach Eisenach als Kirchenmusikdirektor und von 1743 bis zu seinem Tode 1765 sehen wir ihn wieder in Durlach als „Kürzlich Markgräflich Baden-Durlachischer Capellmeister“, der „sowohl bei der Hoff Musik als auch sonst mit Auf- führung und Information der bey dem heiligen Gnommao substituierenden Jugend in der Musik sich gebrauchten lasse.“ Aus seinen Werken hebt neben der Instrumentalmusik, deren Originale die Landesbibliothek besitzt, Professor Schiedmayer in seiner kleinen Geschichte der Oper an den badischen Höfen des 17. und 18. Jahrhunderts besonders sein „Drama per musica“ hervor, ein Singpiel mit vier allegorischen Figuren, Lust, Weisheit, Verstand, Liebe.

Seine Ouvertüre in A-Dur, um nun auf das in Rastatt aufgeführte Werk zu sprechen zu kommen, ist genau gesehen eine kleine Ouvertüre, ein klangvolles und feierliches Orchesterstück, mit nachfolgender Suite, die Tänzen verwendet, Muzette, Gavotte, Menuett, Gigue, das spielt sich alles recht gefällig, hat den Vorzug der Kürze, die einzelnen Tänze sind in ihrem Charakter vortrefflich getroffen, es ist Sinn für melodische Führung da, für Vogt in der Anordnung der musikalischen Gedanken. Nur die Frage, die hinter der kleinen Ouvertüre erhebt, ist etwas altväterlich, sie fließt nicht recht, sie ist steif und trocken. Ganz hervorragend ist die Führung der Basses, ja durch diese wirkliche Kunst einer Bassführung wird uns

diese vergessene Musik nahe gerückt, und im Menuett stehen harmonische Dinge, die diesen Moller ohne Zweifel für seine Zeit als einen ganz modernen Komponisten erscheinen lassen.

Sein Werk ist reich, Hunderte von Schöpfungen liegen wohlverwahrt und geordnet auf der Landesbibliothek. Er ist ein Kleinmeister. Sein Schaffen gehört in den Rahmen der Gesellschaftsmusik. Es gehört so stark hinein, daß es mit dieser Gesellschaft, mit dieser Zeit untergegangen ist.

Ueber Mozart und Bach nur ein Wort. Das Klavierkonzert in Es-Dur von Mozart gehört in seine frühe Zeit, es steht aber ein solcher Reichtum an Musik darin, daß es neben seinen reifsten Konzerten stehen darf. Wundervoll, durchaus eigenartig sind die Konzerte im Finale. Bachs Brandenburgisches Konzert gehört zu den unergänzbaren Meisterwerken, ein Höhepunkt Bachscher Instrumentalmusik überhaupt ist im ersten Satz jener Teil, den das Klavier allein spielt.

Schnitzler-Uraufführungen

im Mannheimer Nationaltheater.

Mannheims Nationaltheater brachte soeben an einem Arthur Schnitzler-Abend zwei Stücke aus dem Nachlaß des im Vorjahre verstorbenen weltmächtigen Wiener Melancholikers zur reichsdeutschen Aufführung. Beides Einakter, die aus früheren Schaffensperioden Schnitzlers stammen. Im ersten der Einakter „Die Geleitenden“ sind diese ihren Ehen Entgeltenden die bisher in lebendiger, jährlicher glücklicher Ehe lebende Gattin eines Arztes, Klementine, und der Kunstmalers Gandalph, die durch anonyme Briefe davon Kenntnis erhalten, daß sie Klementines Mann mit dem Malers Frau, Bertha, betrugt. Wodurch sie selbst ins Gleiten kommen, unwillkürlich zu einander gleiten. Ein auf Moll abgestimmtes lautes Ehedrama, das vielleicht trotz mancher Längen im Dialog härter gewirkt hätte, hätte man es nicht im Reiz jener Zeit und dafür durchwegs in dem Mollton gespielt, den Käte Wolf als bestirrende, verhaltene, Klementine und Hans Finohr als Maler Gandalph anschlugen, während die Bertha des Abends aus diesem Kammerpielton fiel.

Gab es hier nur einen Achtungserfolg, so war der zweite dieser Nachlaß-Einakter „Anatols Gröhenwanen“, obwohl im Grunde nichts als Dialog, freilich hier oftmals recht amüsanter, boshafter Dialog dank Darstellung und der hier überzeugenderen, die Köntzen und Nuancen liebevoll herausarbeitenden Regie Hermann Wischer, so roeders von weit stärkerer Wirkung. Begegnen wir hier doch dem alternden, einst viel geliebten, nun ergrauten Anatol, der sich nicht seinen schönen Wahn, seine letzten Illusionen von den Frauen nehmen lassen will und nur schmerzvoll zugibt, wie falsch, freit und untreu sie sind. Und daß sie auch ihn betrogen, Begegnen wir hier doch, als vornehm-joignierter Anatol hatte die rechte nonchalante Art, all die boshaften Wahrheiten mit lächelnder Melancholie zu sagen. Sein Anatol hatte Atmospähre. Und da sich in diese der ist wienersche Baron Diehl Erich Müllers, Idee Oberhoff als lebendige, nahe einigste Geliebte Anatols und Raoul Alfers als dessen Freund, K. S. Hilbold einfügten, ging echt Schnitzlerische Bechwingtheit von diesem erfolgreichen Einakter aus.

Der badische Staatshaushalt.

Finanzminister Dr. Mattes über den Finanzausgleich.

In der am Donnerstagnachmittag 1/4 Uhr im Landtag fortgesetzten Beratung des Finanzministeriums kam als erster der Abg. Dr. Schmittbener (DntL.) zu Wort, der zunächst einen Antrag seiner Fraktion auf rechtlichen Anspruch eines Nachlasses der Grundbesitzersteuer für Hausbesitzer, die nach dem 1. April Mietverträge abgeschlossen haben, begründet. Dann wird es rasch sehr lebhaft, als der Redner sich mit der neuen Situation im Reich befaßt. Wörtlich: „Die Feststellung Dr. Schmittbeners aus, die neue Regierung gehe die deutschnationale Partei nicht an, diese werde sich zunächst von ihr scharf distanzieren und die Haltung zu ihr von ihren Leistungen abhängig machen. Dem Zentrum vor allem wird der Redner vor, es verlässe „schon“ den von ihm mitgewählten Reichspräsidenten, nachdem er „den ersten wirklich staatspolitischen Akt“ vollzogen habe. Er spricht von der „düsteren Verhältnisse“ der bisherigen Regierung. Des weiteren polemisiert er gegen eine Sammlung nach der Mitte, wie sie von Finanzminister Dr. Mattes vertreten werde, während der Reichsparteiführer der Volkspartei, Dingeldey, eine Sammlung nach rechts forderte.

Des weiteren wendet sich Dr. Schmittbener gegen die politischen Reformmaßnahmen. Grundlegend ist er gegen Regiebetriebe, der Ausbau erfordere jedoch kluge Vorkehrungen. Das Badenwerk arbeite zu teuer. Allgemein spricht er von dem „Kraßheit der Sinnlosigkeit aller Reformen“. Die Denkmalpflege Badens bezeichnet Dr. Schmittbener als verfehlt, es sei „ohne Erforschung“ restauriert worden. Schließlich befaßt er sich mit Aenderungsplänen im Heidelberger Schlossgarten, die weniger grundräßig, aber wegen der autofratischen Art Anstoß erregt hätten. Die Aufhebung des Verfassungsfeiertags sei ein Anzeichen der kommenden Wende. Den Etat lehnt Dr. Schmittbener ab.

Der Demokrat Dr. Waldin stellt den im Etat selbst zum Ausdruck kommenden Sparwillen fest, redet jedoch mit Nachdruck einer durchgreifenden Verwaltungsreform das Wort. Eine Reform des Verwaltungsapparats sei ebenfalls nicht zu umgehen. Die ehrenamtliche Tätigkeit sei auszudehnen, die Grenze sei allerdings gezogen dort, wo Gefahr drohe, daß diese Betätigung in der Öffentlichkeit zu einem „Reizmittel des Geldbeutels“ werde. Auch um eine Reform des Mittelschulwesens werde man nicht herumkommen. Der Regierung sei auf allen diesen Gebieten Mut zu durchgreifenden Reformen zu wünschen. Den notleidenden Gemeinden habe der Staat mehr Verständnis und Verständniswillen entgegenzubringen, er lebe zurzeit mit ihnen in einem „latenten Kriegszustand“. Das Steigen der Füllorgane illustriert die Stadt Lahr, wo diese Kosten von 60 000 auf etwa 1/2 Million gestiegen sind. Auf Zwischenrufe des Abg. Dr. Brühlner reuert Dr. Waldin die Dietrichsche Finanzpolitik. Auch dieser Reformer fordert billigeren Badenwerkstrom, besonders für Kleinabnehmer. Landtag und Öffentlichkeit hätten ein Recht, die Direktorengehälter dieses Unternehmens kennen zu lernen die Regierung möge daher nicht „Versteck spielen“, weil durch Klarheit am sichersten das Lieberhabende Gerüchte zerstreut würden. Im Zusammenhang mit der Forderung pflanzlicher laufender Unterhaltung der Landstraßen wünscht Dr. Waldin Auskunft über den Stand der „Haftaba“. Die staatliche Bauverwaltung soll in erster Linie nur Verwaltung und Baukontrolle ausüben, die Bauausführung der Privatwirtschaft überlassen. Die Aufrechterhaltung des Fortramts Breisach sei zu begrüßen, die Aufnahme von Freiburg II hätte sich jedoch vermeiden lassen. Die Minderbeurteilung der technischen Beamten gegenüber den Juristen sei zu beklagen. Schließlich begründet Dr. Waldin den Staatsparteilichen Antrag auf Einschränkung der Regierungsbetriebe. Staat und Gemeinden hätten in erster Linie zu verzichten, nicht zu fabrizieren und zu handeln. Der Redner bezieht das Lieberhabende der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand mit einer Reihe von Fällen aus der Praxis.

Der Wirtschaftsparteiler Spielmann schloß sich den wirtschaftspolitischen Ausführungen des Vorgesetzten an, billigt den neuen Reichsregierung eine gewisse Bewährungsfrist zu, läßt Brüning als nationalen Mann von bestem Willen gelten, erhofft Besserung der Verhältnisse, wobei es gleichgültig sei, von welcher politischen Seite die Hilfe komme.

„Wer kann uns überhaupt helfen?“ fragt darauf der Abg. Waldin (Evang. Volksdienst) und antwortet mit dem Ruf zur Einigkeit. Seine Partei bringe zunächst der neuen Regierung Vertrauen entgegen, deren grundsätzliche andere Zusammenlegung der Redner mit Befriedigung feststellt. Für den Etat selbst anerkennt er den Sparwillen, kritisiert lediglich einige Einzelheiten.

Gegen 6 Uhr griff endlich

Finanzminister Dr. Mattes

in die Debatte ein, wobei er zunächst sich mit den Angriffen des Abg. Schmittbener befaßt. Wo deutschnationale Finanzminister amtierten, hätten sie keine andere und keine bessere Politik gemacht als andere. So sehe sich — wie der Minister auf Zwischenrufe des Abg. Dr. Brühlner betont — der württembergische Finanzminister einem ungedeckten Fehlbetrag von 9 Millionen gegenüber. Die deutschnationalen hätten, statt sich von der neuen Reichsregierung distanzieren, zugeben müssen, daß sie ihnen „außerordentlich sympathisch“ sei und ihren Tendenzen entspreche.

Nach dieser polemischen Einleitung gab der Minister eine orientierende Darstellung der bad. Finanzen, ausgehend von den Ergebnissen des Jahres 1931. Nach den vorläufigen Rechnungsergebnissen wird das Budgetjahr 1931 mit einem Fehlbetrag von 2,7 Millionen abgesehen, davon kämen 2,3 Millionen mehr an Staatsbesitz an den Staat, so daß das effektive unter den heutigen Verhältnissen sehen lassen könne. Diese Rückstände der Gemeinden seien jedoch nicht auf die neuen Volksschulbeiträge zurückzuführen, seien älteren Datums. Die Kassenlage sei bei kurzfristigen Schulden des Staates zu verringern, so seien im Jahre 31 u. a. an die Landesversicherungsanstalt 3 Millionen zurückzahlt, damit diese ihren Rentenverpflichtungen nachkommen könnten. Im ganzen hat sich die Höhe der kurzfristigen Schulden des Landes im Rechnungsjahr 1931 um 7 1/2 Millionen verringert.

Der neue Etat ist aufgestellt worden auf den Grundlagen des Prozentsatzes. Am März hat das Reich neue Berechnungsgrundlagen geschaffen, die geringere Reichsüberweisungen vorsehen. Nach diesen Berechnungen würden sich für die einzelnen Länder Preußen 64 Millionen, Bayern 17,6, Thüringen 3,7, Württemberg ca. 9 Millionen, Sachsen nicht bekannt, Millionen errechnen, während sich für Baden ein Defizit von 2,7 Millionen ergibt, wovon 1,9 Millionen auf das Land entfallen. Dieser Vergleich zeige, daß der badische Etat besser sei als der aller übrigen großen Länder. Nach Ansicht des Ministers wird es aber auch nicht bei den Reichsüberweisungen vom März bleiben, wie die neuen Votoverordnungen in Preußen beweisen: „Im Laufe des Jahres werden ziemlich sicher neue Maßnahmen zur Deckung des Fehlbetrags getroffen werden müssen.“

Welche dies sein werden, müsse abgewartet werden bis man die reichsseitigen Pläne kenne. Jedenfalls könne die Regierung auf irgendwelche Einnahmepositionen nicht verzichten.

Nach diesen allgemeinen finanzpolitischen Ausführungen ging der Minister zur Behandlung von Einzelheiten aus der Debatte über. Gegenüber dem Abg. Honitel, der die Hintanziehung der Techniker bemängelt hatte, stellt er fest, daß im Finanzministerium mehrere Spitzenstellen (Wasser- und Straßenbaudirektion, Landesforstmeister, Salinen, Verkehrsreferent) mit Technikern besetzt seien. Wenn die neue Reichsregierung das Programm der alter durchführe, für den Straßenbau im ganzen Reich 250 Millionen Mark auf dem Kreditwege zur Verfügung zu stellen, so sei Baden sofort bereit, seinen Anteil zu übernehmen, auch aus Gründen der Arbeitsbeschaffung. Daß man in dieser Richtung bemüht sei, beweise auch die Aufwendung von 1,2 Millionen für Winterarbeit im Forst- und Straßenbau.

Die Wasserstraßenverwaltung möchte Dr. Mattes wie bisher organisiert wissen und lehnt grundsätzlich parallele Doppelbehörden des Reiches und der Länder ab.

Bezüglich der angesprochenen Vorgänge bei dem Kalikonferenz weist der Minister darauf hin, daß die badischen Gewerkschaften davon nicht berührt werden. Es ist rechtzeitig dafür gesorgt worden, daß die Finanzierung der beiden Schächte so durchgeführt werden ist, daß sie finanziell unabhängig und gesichert sind.

Bezüglich der Majolica-Manufaktur ist das Prognostikon des Ministers sehr düster: Die großen Zuschüsse der letzten zehn Jahre seien so hoch, daß der Weiterbetrieb „schlechthin“ nicht mehr verantwortet werden könne. Der Minister will daher nicht die Hoffnung aufkommen lassen, als ob wesentliche Aussicht auf Weiterbestehen bestehe.

Zur sozialdemokratischen Anregung auf Offenlegung der Steuerlisten stellt der Minister an Hand einer Reihenszene in mehreren europäischen Ländern fest, daß die Ansichten auseinandergehen: einige Staaten sehen die Offenlegung als schädlich für Steuerzahler und Staat an, weil die Steuerhinterziehung überhand nehme; andere warnen ebenfalls vor der Überhöhung der Vorteile; wieder andere sehen in ihr ein wirksames Mittel für richtige Veranlagung. Kein Land habe in der Offenlegung ein Moment zur Kapitalflucht feststellen können.

In der Frage der Eisenbahnrestschuld habe im Frühjahr Aussicht auf baldige Regelung bestanden, aus dem letzten Preussens neue Schwierigkeiten auftauchten. Darauf habe Baden Feststellungsfrage beim Reichsgericht beantragt. Der Streit ist ja nur in zweiter Linie ein Streit Reich-Baden, sondern in erster Linie ein Streit der Länder untereinander über den Verteilungsschlüssel der Aufwendungen. Diesen Streit hat sich das Reich zunutze gemacht, um zunächst gar nichts zu bezahlen. Jetzt will Baden die Höhe seiner Quote auf dem Rechtswege festgestellt wissen.

Den Finanzausgleich der Vergangenheit hinsichtlich der Gemeinden, bezeichnet der Minister als nicht schlecht, sonst hätten

nach der Auffassung des Ministers nicht so große Ausgaben gemacht werden können. Für die zukünftige Gestaltung liege der Schlüssel und die Möglichkeit der Besserung zu Gunsten der Gemeinden ausschließlich beim Reich. Es bestehe daher kein Grund dazu, daß sich Staat und Gemeinden in den Haaren liegen. Der Minister erklärt sich auch künftig jederzeit zu Besprechungen mit Organisationsvertretern der Gemeinden und Städte bereit, wo denen er sich mehr verpflichtet als von langen Denkschriften. Gemeinsame Aufgaben lassen sich von Staat und Gemeinden nur gemeinsam lösen.

Zum Schluß behandelt der Minister Fälle personeller Natur. Der nat.-soz. Fortschritt Hug sei wegen seines Verhaltens in dienstlichen Angelegenheiten entlassen worden; daneben habe er politische Ämter ins Ausland schaffen wollen, die an der Grenze beschlagnahmt wurden.

Zum „Fall Hirsch“ stellt der Minister fest, daß der Kampf gegen Ministerialrat Hirsch oft unglücklich geführt wurde; es lägen mehr zutreffende Urteile über ihn vor als ablehnende. Hirschs Schrift „Der Fall Leonelli“ nennt der Minister „hochanständig“ und weist die Angriffe gegen Hirsch als „unberechtigt und unglücklich“ zurück. Künstlerische Fragen seien in der Regel nicht durch Kommissionen zu lösen. Eine Umorganisation der Denkmalpflege sei nicht nötig, da praktische Probleme zurzeit kaum vorliegen. Die private Betätigung der staatlichen Bauabteilung ist sehr minimal (drei kleine Fälle in einem Vierteljahr).

Den „Fall“ des Hafendirektors Dörner in Kehl legt der Minister ebenfalls klar. Er nennt ihn einen „unermüdbar tätigen“ Beamten; Zuschüsse des Reiches zur Kehler Bahn seien von ihm weder für die Lahrer Strecke verwandt worden, noch viel weniger unterlagern worden. Reich und Rechnungshof übten überdies eine Kontrolle über die Verwendung der Beträge aus.

Bezüglich der Regiebetriebe betont Dr. Mattes, daß diese ab 1. April steuerlich mit den Privatbetrieben gleichgestellt seien. Die Gehälter der Badenwerkdirektoren beruhen auf Privatverträgen, die nicht ohne weiteres annulliert werden können. Der Minister ist auf weitere Senkung bedacht.

Die Domänenpächter liegen unter Friedenspreis. Für Wiedervorauszahlung der Beamtengehälter hat die Reichsregierung noch keine Mittel zugesagt.

Die Abfindungssummen für verheiratete Beamten sind in Baden höher als im Reich, wo allerdings die der außerplanmäßigen höher sind.

Den Hafenvertrag mit der Reichsbahn bezeichnet der Minister als revisionsbedürftig.

Ein Verzeichnis der wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates sei schon oft gefordert und auch schon gegeben worden.

Abschließend stellt Dr. Mattes fest, die Tatsache, daß in den gesamten Budgetberatungen bisher insgesamt nur 1100 Mark abgetrieben werden konnten, sei ein Beweis für die Sparmaßnahmen der Staats- und letzten Endes — vielleicht mancherseits auch ungewollt — eine Anerkennung für die Finanzpolitik des Ministers.

Nach der Ministerrede behandelten noch die Abg. Engelhardt (Ztr.) und Hagin (Nat.-Soz.) Fragen landwirtschaftlicher Natur, insbesondere Kleinrentnerschutz, und endlich der Abg. Ammann (Ztr.) weitere Fragen lokaler oder spezieller Art.

Dann wurde um 1/8 Uhr abgebrochen und die Weiterberatung auf Freitagvormittag 9 Uhr vertagt.

Freiburgs neuer Erzbischof.

DZ. Freiburg i. Br., 9. Juni. Bei der gestrigen Uebernahme der Regierung übergab Erzbischof Dr. Conrad Gröber dem Domdekan, Weihbischof Dr. Wilhelm Burger die drei päpstlichen Urkunden und zwar die Bulle über seine Ernennung zum Erzbischof von Freiburg; die Bulle an die Suffraganbischöfe über seine Ernennung zum Metropolit der oberheymischen Kirchenprovinz, und die Bulle an das Metropolitankapitel den Klerus und das katholische Volk mit der Ermahnung zu Ehrfurcht und Gehorsam gegen den neuen Oberhirten.

Kapitularvikar Dr. Sester, dessen Amt als Erzbistumsverweser mit der Uebernahme der vollen Regierungsgewalt durch den neuen Erzbischof erloschen ist, brachte Johann dem neuen Oberhirten seine besten Wünsche dar. Sein Amt als Kapitularvikar habe gerade sechs Monate gedauert. Es ist ein eifriges Bestreben gewesen, die Regierungsgeschäfte im Geist der Kirche zu führen und die Erzbischöfe im guten Stand dem neuen Oberhirten zu übergeben.

Erzbischof Dr. Gröber dankte Johann dem Herrn Domdekan für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und Gelöbnis und dem Herrn Kapitularvikar für die gewissenhafte und zuverlässige Verwaltung der Erzbischöfe in der Zeit der Sedisvakanz. Dann gedachte er des verstorbenen Erzbischofs Dr. Carl Fritsch. Sein Amt habe er in keiner Weise gesucht und erstrebt, nur ungern scheide er von der armen Diözesan. Er komme nicht um zu herrschen, sondern um zu dienen, um allen ein guter Seelsorger und wohlgesinnter Vater zu sein, als ein besorgter und helfender Vater, für das arme und zerklüftete Volk, für das er alles opfern und hingeben wolle, was immer er entbehren könne. Sein Wunsch sei für sein ganzes Wirken: Quos aduna, fides, fides conserva! — Zum Erzbischof. Sekretär hat Erzbischof Dr. Gröber den Repetitor und Studentenpfleger A. Beer im Erzbischof. Theologischen Konvikt bestellt.

Am Abend stattete Erzbischof Dr. Gröber dem Theaterabend der katholischen Erwerbslosenhilfe für Männer und Frauen, zu dem sich über 500 arbeitlose Männer und Frauen eingefunden hatten, einen unerwarteten Besuch ab und wurde förmlich begrüßt. In einer Ansprache behandelte er grundsätzliche Fragen der beiden Engpässe „Rerum novarum“ und Quadragesimo anno“ und spendete dann der Versammlung den erzbischoflichen Segen.

Neue Ansammlungen in Pforzheim.

Pforzheim, 9. Juni. Gestern Abend nach 8 Uhr sammelten sich auf dem Marktplatz gegen 300 Personen an, die es in der Hauptsache auf Ruhefindung abgesehen hatten. Die Polizei, die zum Weitergehen aufforderte, wurde verhöhnt und verspottet. Schließlich mußte eine große Polizeiabteilung den Platz räumen und für den normalen Verkehr wieder sorgen. Eine Person, die sich in die Amisbehandlung der Polizei einmischte, wurde festgenommen. Auf dem Marktplatz und auch auf den anderen Plätzen bildeten sich Sprechchöre, so in der Nähe der „Freien Presse“, des „Pforzheimer Anzeigers“ und des Füllorgans, die immer riefen: „Gibt uns Arbeit, wir haben Hunger“ usw. Es handelt sich anscheinend um auswärtige nach hier gekommene Hejzer.

Schon wieder ein Falschmünzernerf ausgehoben

Kehl, 9. Juni. Den Bemühungen von Gendarmerie und Polizei ist es endlich gelungen, den Hersteller der falschen Fünfmarkstücke, die in letzter Zeit hier kursierten, auf die Spur zu kommen und ihnen das Handwerk zu legen. Im benachbarten Sträßburg bekam die Polizei Kenntnis davon, daß bei zwei dortigen Firmen von Kehl aus Material bestellt wurde. Sie teilte ihre Vermutungen der Kehler Gendarmerie mit, die ihrerseits sofort eine Untersuchung einleitete, die innerhalb kürzester Zeit das Ergebnis hatte, daß die vier in Frage kommenden Personen, zwei Männer und zwei Frauen, ermittelt und festgenommen werden konnten. Eine Hausdurchsuchung förderte das zur Herstellung der Falschstücke benötigte Material und die Vorrichtungen zutage. Als Haupt der Gesellschaft, die hier und in der Umgebung schon eine große Anzahl der falschen Fünfmarkstücke abgepreßt haben will, kommt der Naturheilkundige Hans Buhmann in Frage, der bereits ein umfangreiches Geständnis abgelegt haben soll. Einer der Verhafteten konnte gestern Abend wieder aus der Haft entlassen werden, da seine Unbeteiligtheit feststehen dürfte.

Unfallchronik.

Im Untergrombach, 8. Juni. (Unfall beim Ueberholen.) Auf der Landstraße zwischen Untergrombach und Bruchsal ereignete sich ein schweres Autounfall. Herr Jakob Kuhnmann von hier war mit seinem Kleinauto unterwegs, das an einer unübersichtlichen Stelle von einem anderen Kraftwagen beim Ueberholen erfaßt und zur Seite geschleudert wurde. Kuhnmann trug eine Gehirnerschütterung davon. Sein Wagen wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Der Führer des andern Wagens, ein Ausländer, nahm sich des Verletzten an und brachte ihn nach Bruchsal ins Krankenhaus.

Mannheim, 9. Juni. (Im Getreide verschüttet und erstickt.) Am Mittwoch wurde in einem hiesigen Speditionsbetrieb ein verheirateter 57 Jahre alter Hilfsarbeiter beim Deffnen eines Getreide-Ablaufrohrs von dem fließenden Getreide verschüttet und erlitt den Erstickungstod.

Niederhoyheim bei Offenburg, 9. Juni. (Schwerer Unfall.) Bei landwirtschaftlichen Arbeiten fiel der Landwirt Gottfried Franz jun. vom beladenen Dungwagen und wurde von dem schweren Wagen überfahren. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen.

Heidelberg, 9. Juni. (Im Dienst gestorben.) Am Bette eines Patienten wurde hier gestern der prakt. Arzt Dr. Julius Blum tot aufgefunden. Er wollte einen Kranken im Bingeniuskrankenhaus besuchen, hatte aber kaum dessen Zimmer betreten, als er tot zusammenbrach. Dr. Blum war 62 Jahre alt.

Hüfingen, Amt Donaueschingen, 9. Juni. (Ährer Tod.) Hier wurde der Bahnwärter Franz Josef Kieggler in seinem Bahnwärterhäuschen tot aufgefunden. Ein Herzschlag machte seinem Leben ein Ende. Kieggler hinterläßt eine Witwe und sechs Kinder. Er hat ein Alter von 50 Jahren erreicht.

Spargel-Preise.

Graben, 9. Juni. Zufuhr 15 Zentner. Preise: 1. Sorte 40—45, 2. Sorte 25—30, 3. Sorte 15 Pfennig pro Pfund. Markt lebhaft. Schweningen, 9. Juni. Zufuhr 20—25 Zentner. Preise: 1. Sorte 40—45, 2. Sorte 20—25, 3. Sorte 15 Pfennig pro Pfund. Markt langsam.



Im ersten Jahrzehnt
NIVEA
KINDERSEIFE

Denken Sie daran, daß Nivea-Kinderseife für die empfindliche Haut des Kindes besonders hergestellt ist, daß sie mit seidenweichem Schaum schonend in die Hautporen eindringt und sie freimacht für eine kräftige Hautatmung. Denken Sie an die große Freude, die Sie selbst an Ihrem wohlgeputzten, gesund aussehenden Kinde haben. Nivea-Kinder sind der Stolz der Mütter!

Preis: 54 Pfg.



Lernt aber richtig sonnenbaden
Das heißt: Nie mit nassem Körper in die Sonne, und stets vorher einreiben mit
NIVEA-CREME oder **NIVEA-ÖL**

Das gibt dann wundervoll gebräunte Haut. Sie vermindern so auch die Gefahr des Sonnenbrandes. An heißen Tagen wirkt Nivea-Creme angenehm kühlend; bei unfreundlicher Witterung hingegen schützt Sie Nivea-Öl vor zu starker Abkühlung. — Ersetzen können Sie Nivea-Creme und Nivea-Öl nicht, weder durch „Wundercremes“, noch durch „Nachhimmungen“, die Ihnen als „ebensogut“ empfohlen werden sollten. Denn es gibt auf der ganzen Welt keine anderen Hautpflegemittel, die das hautverwandte Eucerin enthalten, und gerade darauf beruht die überraschende Wirkung.

Nivea-Creme: Dosen RM 0.15, 0.20, 0.50, 1.00
Zimtuben 0.40, 0.60, Nivea-Öl: RM 1.00 u. 1.60

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 10. Juni 1932.

Auslegung der Stimmlisten für die Reichstagswahl.

Der Reichsinnenminister veröffentlicht am Donnerstag im Reichsanzeiger eine Verordnung, nach der die Stimmlisten und Stimmkarten für die am 31. Juli stattfindende Reichstagswahl vom 10. bis 17. Juli auszulegen sind.

Erzbischof Dr. Gröber in Karlsruhe.

Der neuernannte Erzbischof von Freiburg, Dr. Konrad Gröber, war Donnerstag nachmittag in Karlsruhe. Unter anderem hielt er sich in der zweiten Nachmittagsstunde bei der Zentrumsfraktion im Landtagsgebäude auf, wobei er auch für das Landtagspräsidentium seine Karte abgab, da keiner der Herren Präsidenten zu dieser Zeit im Hause anwesend war.

Kurzarbeitsabkommen für den Handelsbezirk Karlsruhe.

Wie uns der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mitteilt, sind die seit über 2 Monate in Gang befindlichen Verhandlungen über Neuregelung eines Abkommens für die Kurzarbeit am Donnerstag vor einer Schlichtungskommission unter Vorsitz des Landesgeschäftsführers für Süddeutschland, Herrn Dr. Kimnich, zum Abschluss gelangt.

Die wesentlichsten Punkte des Abkommens sind, daß Kurzarbeit künftig nur am Ende eines Monatserfoltes eintreten kann, wenn eine mindestens halbmönatliche Kündigung vorausgegangen ist. Die Gehaltskürzung darf höchstens 33% Prozent (bisher 40 Prozent) ausmachen. Einkommen unter 100 Mark erfahren keine Kürzung.

Erdbeeren und Kirichen.

Auf dem Wochenmarkt am Donnerstag gab es schon ziemlich viel Frühkirichen und Erdbeeren, die guten Absatz fanden. Außerdem gab es auf dem Obstmarkt viel ausländische Tafeläpfel und Tomaten.

Auf dem Gemüsemarkt herrschte Wirring vor. Reichlich war auch das Angebot an Kohlrabi und Rhabarber. In geringeren Mengen war Blumenkohl (in- und ausländischer), Spinat, ausländische grüne Bohnen und Karotten vertreten. Lebhaft begehrt war von Gemüse nur inländischer Blumenkohl und Karotten.

Saisonabschlussverkäufe.

Nach den neuen Ausverkaufbestimmungen wird der Beginn der Saisonabschlussverkäufe innerhalb des hierfür vorgesehenen Rahmens vom 15. Juli bis 15. August entsprechend dem Vorschlag der Handelskammer von den Bezirksämtern festgesetzt. Wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, schweben zur Zeit zwecks Herbeiführung eines für ganz Baden einheitlichen Beginns des diesjährigen Saisonabschlussverkaufs noch Verhandlungen. Die Dauer ist auf 15 Tage beschränkt.

Ministerialdirektor Dr. Schmidt 60 Jahre alt. Am 10. ds. Mts. vollendet der Ministerialdirektor im Justizministerium, Dr. Friedrich Schmidt, sein 60. Lebensjahr. Seit einem Menschenalter steht der Jubilar an hervorragender Stelle im Dienste der badischen Justizverwaltung.

Der Militär-Berein Rintheim rüstet zur Feier seines im Jahre 1933 stattfindenden 60jährigen Bestehens. Der vom Vorstand entworfene Festplan wurde in einer außerordentlichen Versammlung einstimmig angenommen. Die weiteren Arbeiten werden zurückgestellt, weil mit dem Jubiläum der Gautag des Oberen Pfingstganges für 1933 nach Rintheim kommen soll.

8 Jugendliche Fahrtrabdiel. Ein 16jähriger Lehrling wurde am Mittwoch nachmittag von einem Passanten dabei ertwischt, als er ein Fahrrad stehlen wollte. Der jugendliche Täter wurde dem Jugendgericht zugeführt.

8 Wegen Tierquälerei gelangen ein Schreinermeister aus Darglunden und ein Gemischtändler aus Mühlburg zur Anzeige. 11 Kaffee Baner. Als Einlage im heutigen Nachmittags-Gitarrenkonzert spielt der Pianist der Kapelle Genz Trüster Schuberts Symphonie Nr. 9 und Marche Proceqne von Mendelssohn.

„Heber Nacht gesund?“ Der Vortrag findet heute 8 Uhr abends im „Friedrichshof“ statt. Näheres siehe Inserat gestern und vorgestern.

100x BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA-50g. Mit einer kleinen Tube zu 50 Pfg. können Sie mehr als 100x Ihre Zähne putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und nie hart wird.

Karlsruher Filmschau.

Gastspiel der Singing-Babies in den Palastlichtspielen.

Für einige Tage geben die Singing-Babies ein persönliches Gastspiel in den Palastlichtspielen; sie bringen in das Programm, das als Hauptstück eine sehr heitere Tonfilmoperette hat, eine wirklich angenehme Abwechslung, sie bringen Vorträge, die ihnen den begeisterten Beifall der Hörer sichern. Sechs hübsche, junge Sängertinnen stellen sich lächelnd vor, lassen sich vom Scheinwerfer in blendendes Licht rücken und wissen auch ihre Vorträge in das hellste Licht zu stellen.

Die Gesänge, die sie bringen, haben den Tonfall des Schlägers. Es ist leichte und unterhaltende Musik, ein bißchen verjast, ein bißchen verpielt. Mit dem herrlichen Johann Strauß-Walzer „An der schönen blauen Donau“, den sie auf einen neuen Text singen, gehen sie recht frei um, das heißt der Bearbeiter, aber wenn er so gefällig und geschmeidig gelungen wird wie hier, dann hört man auch diese moderne, durch den Jazz hindurchgegangene Fassung gern.

Zu der Tonfilmoperette „Ein Lied, ein Kuß, ein Mädel“ hat Robert Stolz, als Operettenkomponist mit etwas wechendem sentimentalem Einschlag bekannt und vielgepielt, die Musik geschrieben, ganz moderne Stücke. Es fehlt auch der Walzer nicht und ein Teil zu einem solchen langsamen Walzer hat ja auch dieser Tonfilmoperette den Namen gegeben. Natürlich eine verliebte Geschichte, ein bißchen romanhaft im Verlauf, ein bißchen sentimental, aber zur Hauptsache überaus lustig und gefällig. Wollte man versuchen, lang und breit den Inhalt zu erzählen, man würde den leidenden Ablauf beschweren und die reizendsten filmischen Pointen vorwegnehmen. Und gerade diese Pointen, diese Ueberraschungen, wie man sie in der Schallplatten-Filiale erlebt, mit eingestreuten Lieben und Tänzen und lustig purzelnden Episoden, wie man sie im Theater vorzusehen bekommt mit der plötzlichen Entdeckung eines neuen Stars, wie sich dann durch einen fühligen „Dreh“ des Schallplattenfabrikanten Franke, den Gustav Fröhlich glänzend spielt, alles zum Glück wendet und kein einziger als der Geplante dasteht, das macht den Reiz dieser Stolz-Operette. Martha Eggerth, in ähnlichen Aufgaben als Liebhaberin, als frisches, natürliches Mädel erprobt, zeigt die zunächst unbedeutende Verkäuferin, die zum Star aufsteigt und dann ihre Laufbahn abbiegt und, wie man so sagt, im Hafen der Ehe landet. Martha Eggerth macht diese Sache wieder mit viel Charme und zeigt eine schöne Stimme; auffallend ihre sichere Kopion-Behandlung.

Selden der Luft.

Columbia-Pictures-Film der Ufa in den Residenzlichtspielen.

Das ist der Film des neuen Feldens, der nicht mehr gegen den Menschen kämpft, sondern gegen die Elemente, dessen sportliche Leistung weit über das Spielerische hinausgreift in die Tragödie. Hier ist alles heroischer Kampf und man kann sich vorstellen, mit welchen ungläubigen Schwierigkeiten allein diese phantastische Aufnahme zustande gekommen ist. Daß man verzicht, in einem Film zu sein, daß man das Gewitter, gegen das das Luftschiff vergeblich ankämpft, den Schneesturm der um das Zeit in der Eiswüste des Südpols braut, tatsächlich miterlebt, das ist ein Triumph des Tonfilms, wie man ihn sich nicht größer vorstellen kann. Dabei ist die Liebesgeschichte, die sehr dezent um die sportliche Handlung geschlungen ist, beinahe gleichgültig, jedenfalls alltäglich genug, um von diesem Heldentum der Luft überträgt zu werden. Auch die hübschen Loopings Frisky Pierces wirken als Spielerei und treten hinter das Schicksal zurück. Gleichviel schließlich und zuletzt, ob wir uns am Südpol oder in den Sännegefiliden Alastas befinden. Wer diese Zerstörung des Luftschiffes mit eigenen Augen und Ohren erlebt hat, wer gesehen hat, wie die Eisenballen krachen, das Riesenschiff in der Mitte auseinanderbricht, wie die vordere Hälfte ins Meer stürzt (das Schicksal der „Senandoah“), der muß sagen, daß hier die vollendetste Film-Kunst und Film-Realität vorliegt, die man sich denken und wünschen kann.

Die Handlung in ein paar Strichen: Das Luftschiff unter der Führung Bradons ist unterwegs zum Südpol und wird vom Gewitter überrollt. Er bricht entzwei und sinkt ins Meer. Frisky, der Kunstflieger, von Bradon in seiner Fliegerehebe gerettet, will auf einem Schiff zum Südpol vortreiben und mit einem Flugzeug den Pol überfliegen. Der Flug gelingt, aber die Landung setzt den Flugzeug in Brand und hält die paar Menschen in der Eiswüste fest. Eine Rettung scheint ausgeschlossen. Aber das neue Luftschiff hat unter der Führung Bradons bereits den Rettungsschiff angeordnet, und so können wenigstens noch Frisky und seine Begleiter gerettet werden.

Badische Lichtspiele. Dem Karlsruher Publikum stellt in den Badischen Lichtspielen etwas Außerordentlich und Sensationelles bevor, nämlich der große Tobis-Tonfilm „Die Koffer des Herrn O. F.“. Dieser Film erzählt die Geschichte eines kleinen Landstädtchens, das seinen ungeheuerlichen Aufschwung eines grössten Fremdenverdannt, denn 13 große und kleine Koffer mit dem geheimnisvollen Inhalt kommen eines Tages in dem verfallenen Städtchen O. F. an. Zu gleicher Zeit bestellt man mit einem Telegramm 5 Luxuszimmer, die in dem ersten Gasthof renoviert werden. Alles fliehet vor Neugier. Wer ist O. F. Die unglücklichen Gerichte taugen auf. Alles dreht sich nur noch um O. F. Obendwärts in einer Zeit in der die ganze Welt durch Kriegen erschüttert wird, in rasendem Tempo zur Weltstadt, bis der Irrtum sich auflärt; das Was erzählt der Film, und soll jedem überlassen bleiben zu erkennen, der den Film besucht. Granowitsch Werk, in dem eine große Anzahl namhafter Schauspieler mitwirken, fällt ganz aus dem Rahmen der sonst üblichen Filme. Es wurde hier etwas geschaffen, was selbst verdorbene Filmkennner dollauf befriedigt. Der Film ist äußerst unterhaltend und interessant.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal.

Politischer Beleidigungsprozeß.

Eine Verhandlung, in der auch der Humor zu seinem Recht kam, fand Donnerstag vormittag vor dem Einzelrichter (Amtsgerichtsrat Rapp) statt. Auf die Privatklage des Schneidemeisters Karl Buchleither aus Weisshneureut, Führers der dortigen Ortsgruppe der NSDAP, hatte sich der frühere Redakteur des „Volksfreund“, Hermann Winter vor hier, wegen Beleidigung zu verantworten. Letzterer hatte am 28. November 1931 unter der Ueberschrift „Nazi-Karlchen“ eine Zuchtschrift aus Weisshneureut veröffentlicht, die sich mit der Person des Privatklägers Karl Buchleither beschäftigte und in teils humoristischer Form verschiedene Behauptungen über diesen aufstellte. Es wurde darin ausgeführt, „Dobchitler“ habe selbst zugegeben, daß er mit seinen Stimmrechnungen gegenüber der Gemeinde Weisshneureut im Rückstand sei. Karlchen habe ein Haus gebaut und die Geschäftsleute nicht bezahlt. Es sei vorgekommen, daß in seiner Schneidewerkstätte ein Hochzeitsanzug spurlos verschwunden sei, und daß ein anderer als der Ueberbringer in einer schönen gestreiften Hufe spazieren gegangen sei. Bei einer Kriegervereinsfeier in einer Wirtschaft soll er gelangt haben: „Leopold, schreib's mir anderen.“ Seinen Gehilfen habe er keinen Lohn gegeben. Aber Karlchen sei Oberhändler und die guten Bürger laufen ihm nach; im letzten Jahre seien es deren über 300 gewesen.

Mit einem Vergleich wollte sich keine der beiden Parteien einverstanden erklären. Es kam deshalb zu einer längeren Verhandlung, in der eine Reihe von Zeugen aufgerufen wurde. Die Beweisaufnahme ergab die Haltlosigkeit der Vorwürfe.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Winter wegen Beleidigung im Sinne der §§ 185 und 186 zu 50 RM. Geldstrafe, hilfsweise fünf Tagen Gefängnis. Dem Beleidigten wird die Begünstigung zuerkannt, den verurteilten Teil des Urteils durch einmaliges Einrüden im „Führer“ und im „Volksfreund“ öffentlich auf Kosten des Verurteilten bekannt zu machen.

Verurteilter Fahrtrabdiel.

Die Strafabteilung des Amtsgerichts verhandelte gegen den Dreher Emil Sch. aus Karlsruhe, der sich wegen Rückfalldiebstahls zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte in der Eisenbahner-Kantine in der Schwarzwalddirake ein Fahrrad gestohlen. Entsprechend dem Urteile des Staatsanwalts sprach das Gericht gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten aus. Ein Monat zehn Tage Untersuchungsgefängnis werden auf die Strafe als verbüßt angerechnet.

Zur Aufhebung des Verfassungstages als Feiertag.

Wie schon gemeldet, wurde der Verfassungstag in Baden durch eine Verordnung des Staatsministeriums als gebotener Feiertag aufgehoben. Dagegen soll nach einer Mitteilung des Staatsministeriums der Verfassungstag als allgemeiner Feiertag in Zukunft angelegenheiten bestehen bleiben. Außerdem wird demnächst eine Anordnung des Staatsministeriums erlassen, wonach der 11. August der Dienst der staatlichen Behörden und Anstalten wie an Sonn- und Feiertagen geregelt wird.

Badisches Landesstheater. Die Theaterakademie des Badischen Landesstheaters von deren Beisehen das Publikum bisher wenig genutzt hat, tritt am Freitag abend zum ersten Male mit einer Aufführung vor die Kisten. Sie besteht seit 1927 und hat in den fünf Jahren über 100 Aufführungen im Stillen schon einer ganzen Reihe junger Menschen Vervollständigung und Förderung gebracht. Mehrere ehemalige Mitglieder wirken heute schon an anderen Bühnen in guter Stellung und unter einheimischen Umständen. Mitglieder des Orchesters, Votte Hirschbach, Viktor Hossbach, Maria Seilinger, Fritz Luther sind ebenfalls durch diese Schule gekommen. Es werden regelmäßige Kurse abgehalten, die alle Gebiete des Theaters umfassen. Dramatik, Literatur, Bühnenmusik, Kostümdesigne und Bühnenmalerei, außerdem finden alljährlich Prüfungen statt. Die Akademie steht unter ministerieller Aufsicht und unter Leitung von Staatschauspieler Herr v. der Trend. Studenten für Interessenten bei der Generaldirektion. Zur Aufführung gelangt am Freitag das Lustspiel „Als ich noch im Pflaumenland“ bei ganz kleinen Preisen, für später sind auch andere Werke in Aussicht genommen.

Was macht man mit Resten?

So kann natürlich nur ein Mann fragen. Eine Frau weiß immer ganz genau, was man damit macht, sie fragt darum ganz anders: „Wann gibt es Reste bei Knopf?“ Knopfs Resteverkäufe sind immer dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz unmaßstäblich billig sind und daß die Reste auch tatsächlich ausreichen für alle möglichen Verwendungszwecke. Drängt man sich an den dicht umlagerten Verkaufstischen im Lichtlof vorbei, dann merkt man aber, daß diesmal anscheinend etwas ganz Besonderes geboten wird! Eilig wird aus den Kleiderbüchsen das Unterst hervorgeholt, erste Fragen werden mit der stets liebenswürdig-aufmerksamen Verkäuferin geführt: „Reicht dieser praktische Freizeitstoff zu einem Kinderbademantel?“ „Sitzt sich aus jenem entzündenden modernen Zeffir nicht doch bei einiger Geschicklichkeit ein Oberhemd herausbringen?“ Wundervolle Schürzen, Molton, Betuchreste, ganze Restposten von Tagentüchern, Kleiderstoffe, alles türmt sich hoch. Noch nie war ein Restverkauf zeitgemäßer wie jetzt! Dank den Resten kann mancher Wunsch erfüllt werden, der sonst vielleicht nie Wirklichkeit geworden wäre.

Advertisement for Leopold Glaßner, Metzgermeister, announcing his death and funeral arrangements.

Advertisement for Klosterreichenbach, a spa resort with swimming and scenic views.

Small advertisements for 'Kleiner Anzeigen' and 'Offene Stellen'.

Advertisement for 'Wellpaient' medicine, claiming to cure various ailments.

Advertisement for 'Herrn' featuring a radio and a record player, with a cartoon illustration.

Trauerbriefe werden rasch und preiswert angefertigt in der Druckerei F. Zibersarzen (Badische Presse).

